

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

21.07.2023

Inhalt

EWN

1 Ein Rohr durchs Paradies <i>Süddeutsche Zeitung, 21.07.2023</i>	3
2 Schelte zum Jubiläum <i>nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland), 21.07.2023</i>	7

Ein Rohr durchs Paradies

Mitten in die einzigartige Kulturlandschaft auf Rügen soll jetzt ein LNG-Terminal gebaut werden. Es wäre vielleicht ganz sinnvoll gewesen, sich mit dem Erbgut dieser Insel zu befassen, bevor man sie der Industrialisierung opfert

Oberhalb von Dubnitz, wo man den aufsteigenden, grobsteinigen Weg hinterm alten Gutshaus durch die Felder nimmt, wird die Aussicht freier mit jedem Schritt. Salzwind kämmt die widerständigen Büsche rechts und links des Pfades. Lerchen stehen in der Luft. In der Senke, zur See hin, grasen Pferde. Nirgends ein Mensch. Hochsommer auf Rügens nordöstlicher Halbinsel Jasmund.

Das hier ist also der Standort. Hier, unterhalb dieser sanften Anhöhe, im Hafen von Mukran auf der Ostseeinsel Rügen, soll das Terminal gebaut werden. LNG. Liquefied Natural Gas. Erdgas, tiefkalt, verflüssigt. Da muss man sich die Gegend doch mal etwas genauer angucken, eine kleine Standortprüfung machen.

Was ist das denn für ein Ort? Warum wehren sich die Menschen eigentlich so?

Also. Was sieht man? Zum Nationalpark kann man hinüberschauen von hier, dessen Buchenurwald zum Weltnaturerbe gehört. Jasmund, dessen Kreidefelsen den Mythos Rügen spätestens seit der Romantik in die ganze Welt getragen haben. Der Königsstuhl. Keine neun Kilometer sind es bis dahin. Die Stubbenkammer, die alten Kreidebrüche und Hünengräber, wie Caspar David Friedrich sie gezeichnet und gemalt hat. Rügen war seine Heimatlandschaft. In Greifswald, am Bodden, kam er 1774 zur Welt. Die Wissower Klinken sind noch näher. Deren strahlende Kreide hatte Johannes Brahms im Sommer 1876 derart überwältigt, dass es ihm endlich von der Hand ging, hier seine 1. Sinfonie zum Ende zu führen. „An den Wissower Klinken ist eine schöne Symphonie hängen geblieben“, schrieb Brahms seinem Verleger. Mehr als zwei Monate war er hier, im Hochsommer, in Sassnitz auf Jasmund.

Fast 150 Jahre sind seitdem vergangen, zwei Weltkriege, zwei Diktaturen und 33 Jahre deutsche Einheit haben auf der Insel und im Meer tiefe Spuren hinterlassen. Die Unberührtheit der Natur, die Suggestion der Weite, die Maler, Musiker, Gelehrte und Dichter seit

der „Entdeckung“ Rügens Ende des 18. Jahrhunderts so faszinierte, ja, in tiefsten Seelenräumen erschütterte, wie man in vielen literarischen Zeugnissen lesen kann, ist hier längst nicht mehr überall zu haben, sondern bricht sich, zum Beispiel, an Windkraftanlagen im Meer.

Irgendwo da draußen liegen auch die zerstörten Nord-Stream-Pipelines im Blau der Tiefe. Was man beruhigenderweise auch nicht sieht, sind die chemischen Kampfstoffe, die Munition aus dem Zweiten Weltkrieg, die überall an der Küste im Wasser versenkt wurden und am Meeresboden vor sich hin rosten, auch genau hier, vor Jasmund, vor Sassnitz.

Aber herrlich ist die Sicht nach Süden, auf die lange, weiße Linie des Strandes, auf den Badeort Binz, die Schmale Heide, auf Prora mit seinen gigantischen Ferienbauten aus der Zeit des Nationalsozialismus. „Kraft durch Freude“. Vor allem aber sieht man von hier oben hinunter auf den Hafen von Mukran.

Industrie gibt es hier lange schon, seit 1986, auch die Fährlinien nach Schweden und Bornholm, und nun soll bald verflüssigtes Erdgas aus den Vereinigten Staaten, aus Katar oder Nigeria mit Tankern angelandet werden, um dann, wieder zu Gas gewandelt, in eine Pipeline gepumpt zu werden. Sie muss jetzt schnell gebaut werden, damit es zum nächsten Winter losgehen kann. Die Rohre liegen schon bereit. Fünfzig Kilometer auf dem Meeresboden durch die Prorer Wiek, dann durch den flachen, hoch sensiblen Greifswalder Bodden, wo der Hering laicht, bis nach Lubmin. Da kommen ja auch die nun toten Nord-Stream-Leitungen an, und von da kann das Gas auf die Landreise gehen.

Der Bundestag hat das alles gerade beschlossen, hat den „Standort Rügen“ in das sogenannte LNG-Beschleunigungsgesetz mit aufgenommen. Trotz aller Widerstände der Rügauer, die davon leben, dass die Insel es geschafft hat, über zwei Weltkriege, zwei

Diktaturen und 33 Jahre freie Marktwirtschaft ein Ort der Entschleunigung zu bleiben. Trotz der Warnungen von Umweltverbänden, der Gutachten von Fachleuten, die keine „Gasmangellage“, aber „Überkapazitäten“ erwarten.

„Dat Ellenschie? Dat kommt hier nich her“, hatte ein Bauarbeiter am Hafenzaun gesagt und abgewinkt, „dat is zu gigantisch für Rügen.“ Es klang, als spräche er über ein vorbeiziehendes Gewitter. Von der Anhöhe betrachtet sieht der Hafen aus wie eine gierig geöffnete Rohrzanze.

Seit Monaten protestieren Menschen, die hier leben, aber eben auch Menschen, die ganz woanders leben, gegen ein LNG-Terminal vor der Rügener Küste oder im Hafen von Mukran. Bürgerinitiativen haben sich gegründet. Binz, das mondänste in der weißen Kette der alten Seebäder an der Ostküste der Insel, will gegen den Beschluss Klage einreichen.

Es gibt Rügäner, die beim Thema LNG nur abwinken, gar nichts mehr sagen, und es ist klar, dass sie bei der nächsten Wahl der AfD ihre Stimme geben werden. Die seien ja die einzigen, die sich noch traute, das Wort Heimat in den Mund zu nehmen. Andere sind einfach wütend: „Was der Sozialismus nicht geschafft hat, kaputt zu kriegen“, sagt eine junge Frau am Strand von Prora, „das schaffen jetzt die Grünen.“ Wieder andere trifft man, die pragmatisch sind: Wenn es denn sein muss, dieses Terminal, dann doch im Hafen von Mukran. Da sei nun mal schon Industrie. Von allen Übeln sei das noch das geringste.

Zu jenen Menschen, die Vertrauen in das Handeln der Regierung in Berlin haben, gehören auch die Groneggers, die am südlichen Ende der Binzer Strandpromenade das „Haus Klünder“ führen, eine dieser prachtvollen Villen mit ihren Holzveranden aus der Zeit der Jahrhundertwende, 1905 ist sie gebaut. Sie hatte einer Vorfahrin Michael Groneggers gehört, die in der DDR enteignet wurde, sodass die Familie das Haus nach dem Mauerfall zurückbekam. Ingeborg und Michael Gronegger zogen also aus Bayern nach Binz.

Nein, sie haben keine Angst, durch das LNG-Terminal womöglich Gäste zu verlieren. Oben, im Dachgeschoss, wo sie wohnen, können sie die ganze Bucht überblicken. Zwei rote Tanker liegen da schon ein paar Kilometer vor der Küste.

„Dieser Standort Mukran drängt sich dermaßen auf“, sagt Michael Gronegger, ein fröhlicher und impulsiver Mensch. „Der Habeck macht das aus ehrlicher Sorge. Wir bemühen uns einfach um ein ausgewogenes Bild.“ Voraussetzung sei natürlich, dass dieses Terminal auch wirklich gebraucht werde. „Das können wir

nicht beurteilen“, sagt Ingeborg Gronegger am Kaffeetisch unterm Dach, „dafür gibt es Wissenschaftler, Spezialisten. Alles steht und fällt damit, dass die saubere Arbeit machen“, worauf ihr Mann sogleich erwidert: „Inge, es können doch nicht nur Hohlköpfe in den Ministerien sitzen!“

Von den Protesten halten Groneggers sich fern, dabei sitzen sie sozusagen im Epizentrum des Widerstands der Seebadgemeinden, weshalb Olaf Scholz und Robert Habeck ja genau hierher reisten, im April. Es heiße immer, der Gemeinde Binz gehe es um den Schutz der Natur, sagt Michael Gronegger, mag sein, aber „die Triebfeder des Bürgermeisters ist die Angst ums Geld“.

Im Arbeitszimmer von Hans Dieter Knapp in Kasnevitz, einem Dorf nahe der klassizistischen Residenzstadt Putbus im Süden Rügens, ist es angenehm kühl, was zum einen an den alten Mauern des Hauses liegt, das Anfang des 18. Jahrhunderts gebaut wurde und durchaus schon Caspar David Friedrich auf seinen Rügenreisen hätte beherbergen können, zum anderen an dem urwaldartigen Garten, auf den man vom Sofa aus schaut. Knapp, der Biologe, der Geobotaniker und Landschaftsökologe. Seit 1990 hat er die Internationale Naturschutzakademie auf der kleinen Insel Vilm aufgebaut und geleitet. Sie gehört zum Bundesamt für Naturschutz und liegt im Greifswalder Bodden, durch den nun noch eine Pipeline gezogen werden soll. Ihm geht es nicht ums Geld, sondern um die Bewahrung einer einzigartigen Kulturlandschaft, in die hinein er 1950 geboren wurde. In Putbus wuchs er auf, die Eltern waren Lehrer. Nach wenigen Sätzen schon möchte man unbedingt Robert Habeck und Olaf Scholz einen Besuch bei Professor Knapp empfehlen, denn wenn jemand deutlich machen kann, was die Insel Rügen für ein „Standort“ ist, dann er.

Er ist auch einer derjenigen, deren Wagemut und Weitblick es zu verdanken ist, dass es in den letzten Monaten der DDR gelang, ein Nationalparkprogramm auszuarbeiten, das in allerletzter Minute vierzehn Landschaften der Gerade-noch-DDR unter Schutz stellte: fünf als Nationalpark, sechs als Biosphärenreservat, drei als Naturpark. Es war das letzte Gesetz der DDR, veröffentlicht am 1. Oktober 1990. Zwei Tage später gab es den Staat nicht mehr.

Wie sähe die ostdeutsche Küste heute aus – ohne den Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft, ohne das Biosphärenreservat Südost-Rügen oder den Nationalpark Jasmund mit den berühmten Kreidefelsen, den Urwaldbuchen, dessen südliche Grenze keine fünf Kilometer vom geplanten LNG-Terminal entfernt ist?

Knapp ist „fassungslos“, wenn man ihn auf das Termi-

nal im Hafen von Mukran anspricht. „Damit wird Rügen endgültig zum Industriestandort ausgebaut“, sagt er. „Das ist der Dammbbruch.“

Doch er wundert sich nicht, nein, denn die Entscheidung des Bundestages bestätigt ja seine These, seine Beobachtung: Historisch belastete Orte, sagt der Wissenschaftler, „Orte also, in die der Mensch einmal massiv eingegriffen hat, ziehen das nächste Unheil förmlich an.“

Was er damit meint?

Allein auf Rügen und im nahen Umkreis der Insel nennt er nun drei, vier Beispiele. Nehmen wir Peenemünde auf der Insel Usedom, Rügen gleich „gegenüber“, wo seit 1936 das größte militärische Forschungszentrum Europas, die „Heeresversuchsanstalt“ in Betrieb war. Hitlers Massenvernichtungswaffen wurden hier entwickelt und erprobt. Auf diesem „belasteten Boden“, sagt Knapp, ein paar Kilometer entfernt nur, in Lubmin, baute die DDR das Kernkraftwerk Greifswald, das seit 1973 in vollem Betrieb lief. Störfälle gab es immer wieder, Radioaktivität trat aus, aber über Gefahren durfte nicht gesprochen werden.

Wer hier wohnte, etwa auf Rügen, lebte mit einer unausgesprochenen Angst. Das Kühlwasser, auch Öl liefen in den Greifswalder Bodden hinein und erwärmten ihn um fast drei Grad. Nach dem Mauerfall wurden die Reaktoren abgeschaltet und das Gelände zum atomaren Zwischenlager umgebaut. Die Belastung blieb. Dann kamen die Nord-Stream-Pipelines, und weil die Anschlüsse für die Landleitung nun mal da waren – nach Putins Angriff auf die Ukraine – auch das erste schwimmende LNG-Terminal, das die Deutsche ReGas seit Januar am Bodden betreibt.

„Rein sachlich kann man das alles nachvollziehen, aber es geschieht ohne jegliche Berücksichtigung der äußeren Umstände“, sagt Hans Dieter Knapp, „ohne Rücksicht auf die Natur, auf die Kulturlandschaft.“

Doch zurück nach Rügen. Mukran sei eben auch ein historisch belasteter Ort. Auch hier waren es die Nationalsozialisten, die in dieser Bucht, in Prora, ab 1936 eine gigantische Ferienstadt an den Strand zu bauen begannen. 20 000 Menschen sollten sich hier, im Seebad der Organisation „Kraft durch Freude“, gleichzeitig erholen können. Eine Eisenbahnlinie wurde gebaut. „Konzeptionell nahm der Massentourismus in Prora seinen Anfang“, sagt Hans Dieter Knapp, „Prora ist sozusagen der Prototyp der Bettenburgen, die seit den Sechzigerjahren die schönsten Küstenlandschaften der Welt betonierte haben.“

Fertig wurde die Anlage nicht. Zu DDR-Zeiten war Pro-

ra mit seiner Umgebung jahrzehntelang Sperrgebiet, denn die Nationale Volksarmee zog in die Blöcke ein. Zehntausend Mann waren hier stationiert, auch 500 „Spatensoldaten“, junge Männer, die aus Gewissens- oder Glaubensgründen den Dienst an der Waffe verweigerten und dafür schufteten mussten, auch, als hier 1982 der Bau des Hafens von Mukran begann. In nur vier Jahren wurde er aus dem Boden gestampft, im Sinne des Wortes. Ein gigantischer Umschlagplatz für den Austausch von Waren, von militärischem Gerät zwischen der DDR und dem Bruderland Sowjetunion entstand hier. Die Fährlinie Mukran–Klaipėda. Sie sollte Unabhängigkeit von Polen schaffen, den sicheren Seeweg, denn das sozialistische Bruderland Polen war als Transitraum immer unsicherer geworden, seitdem die Gewerkschaft Solidarność dort an Stärke gewann.

Im Herbst 1986, als der Hafen eingeweiht wurde, lagen die Reste des Fischerdorfs Mukran nicht nur an einem Hochseehafen, sondern auch an einem weitflächigen Güterbahnhof. Einhundert Kilometer Gleise sind damals verlegt worden.

Jetzt also „das nächste Unheil“, das LNG-Terminal. „Und das wäre auch nicht das letzte. Das zieht Weiteres nach sich“, sagt Hans Dieter Knapp und zeigt ein Foto, etwas braunstichig ist es, von 1978. Er hat es selbst gemacht. Mukran am Strand, umgeben von Feldern, Bäumen. „Eine idyllische Kulturlandschaft, eine intakte Küstenlinie ist hier damals noch weiter zerstört worden. Uns hat niemand gefragt.“

Dabei war Rügen in Zeiten des Sozialismus die Ferieninsel schlechthin. Ein Sehnsuchtsort – wie in der Romantik, genauso die schmale Insel Hiddensee, westlich vor Rügen. Sommer für Sommer krepelte sich die ganze DDR einmal um, pilgerte der Süden des Landes, wo die Industrie Luft, Flüsse und Boden verseuchte, an die Ostsee, schlief in Betriebsferienheimen, Bungalows, Zelten, kampierte in ausgedienten Hühnerställen. Hauptsache Rügen.

Die weite Welt war verschlossen. Die Weite aber, die innere Welten öffnet – die gab es hier, im Norden des kleinen Käfiglandes, obwohl die Ostsee streng bewachte Staatsgrenze war, wie die Mauer in Berlin. Es war eine Art exterritorialer Freiheit, die Rügen und Hiddensee verschenkten. Am feinsten beschrieben hat sie Lutz Seiler in seinem Roman „Kruso“.

Damit ist man am Ende wieder am Anfang, bei Caspar David Friedrich, der mit seinem Bild „Kreidefelsen auf Rügen“ aus dem Jahr 1818, mit genau diesen hauchdünnen Fäden zwischen inneren, geistigen und äußeren Seh-Erlebnissen spielt. Ein Gemälde, mit dem Rügen als Mythos zum Bild wird, wie die Kulturwissenschaftlerin Roswitha Schieb und der Kunsthis-

toriker Gregor Wedekind schreiben. Sie rekonstruieren in ihrem Buch „Rügen. Deutschlands mythische Insel“, wie es zu dieser „nationalen Erfindung Rügens in der Kunst“ kam.

Literarisch, in Gedichten und Reisebeschreibungen, gab es den Mythos natürlich schon vor Friedrich. Die Schönheit der Insel, ihre Weltabgeschiedenheit und Ursprünglichkeit machten es leicht, Rügen zum heiligen, reinen Ort zu stilisieren, mit dem sich die ganze Nation identifizieren konnte. Rügen als „überzeitlicher Idealort“, als identitätsstiftende Kraft. Jasmunds Kreidefelsen, die Stubbenkammer, der Buchenurwald spielen dabei die wichtigste Rolle. Es hatte also einen Grund, dass es Johannes Brahms ausgerechnet in die Nähe der Kreidefelsen zog, nach Sassnitz, damals im Hochsommer 1876.

Es könne ganz sinnvoll sein, etwas vom Erbgut dieser Insel zu begreifen, bevor man ausgerechnet hier die Weite verbaue, Rohre verlege, Tanker einlaufen lasse, Industrialisierung vorantreibe, den Dammbuch planen, wie Hans Dieter Knapp es sagt. Aber noch etwas ist ihm wichtig. Irgendwann werde der „völlig überbordende Ferntourismus einbrechen“, sagt er. „Wir brauchen also im Inland, in Europa Landschaften, die Erholung bieten, Weite. Rügen, die ganze Ostseeküste wird als Ausgleichsraum immer wichtiger werden.“

Er sitzt in seinem Sessel, erinnert sich. Als er vierzehn war, sei er zum ersten Mal allein nach Jasmund gefahren, zum Königsstuhl, zu den alten Buchen. „Wir sind in einer traumhaften Gegend aufgewachsen“, sagt er, „die Landschaft hat mich geprägt, die Beschäftigung mit den Pflanzen.“ Rund um seinen Heimatort Putbus habe er als Schüler schon die alten Eichen vermessen, kartiert und fotografiert, um sie als Naturdenkmale vorzuschlagen. Und das klappte. „Ich wurde Naturschutzhelfer“, sagt er und lacht, „mit Ausweis!“

Ein ganzes Leben für die Natur. Die ostdeutsche Küste hat Hans Dieter Knapp und den vier, fünf Menschen, die damals, 1990, Tag und Nacht ackerten, viel zu verdanken. Aus einem Bürgerforum heraus hatten sie schon im Herbst 1989 begonnen, über Schutzgebiete nachzudenken und Konzepte dafür zu entwickeln.

Als Michael Succow, auch er Biologe, ein Spezialist für

Moore, im Januar 1990 stellvertretender Umweltminister dieser Gerade-noch-DDR wird, kommt die Arbeit der Wissenschaftler von heute auf morgen auf die Ostberliner politische Bühne und nimmt Fahrt auf. Doch bis zur Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 1990 werden sie nicht fertig. Deshalb sind die Verordnungen zum Nationalparkprogramm in einer Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag festgeschrieben. Klaus Töpfer, damals Bundesumweltminister, nannte die geschützten Gebiete später das „Tafelsilber der deutschen Einheit“.

Rügen gehört also zum Tafelsilber, auch wenn nicht die ganze Insel Nationalpark ist. Leider, sagt Hans Dieter Knapp, leider. „Wir waren viel zu bescheiden. Wir hätten damals ganz Rügen zum Biosphärenreservat machen sollen. Uns war doch klar, dass diese besondere Kulturlandschaft auch eines besonderen Schutzes bedarf.“

Die Bettenburgen der Algarve oder Mallorcas können Sie ja Anfang 1990 als Schreckensvision noch kaum vor Augen gehabt haben, oder?

„Nein, wenn wir auch keine genaue Vorstellung vom Überrollen und Zubauen hatten, so hatten wir doch eine Ahnung davon“, sagt Knapp. Sie begriffen die Dimension. Sie ahnten, was geschehen würde, wenn ganz Westdeutschland, nein, Menschen von überall plötzlich nach Rügen reisen, um sich zu vergewissern, ob es sie wirklich gibt, diese weißen Kreidefelsen, diesen Königsstuhl, die Weite.

Eine Woche nach dem Besuch auf Rügen kommt eine E-Mail mit Fotos, die man erbeten hatte, mit Aufsätzen und Karten.

„Bin ziemlich desillusioniert“, schreibt Hans Dieter Knapp am Ende. „Der Irrsinn nimmt scheinbar seinen Lauf.“

Bei vielen, die beim Thema LNG nur abwinken, weiß man, wem sie ihre Stimme geben werden

Das hier war schon immer ein Sehnsuchtsort, aber es kam ein Unheil nach dem anderen

Dass eine besondere Kulturlandschaft besonderen Schutz braucht: Sie wussten es

Schelte zum Jubiläum

Endlagersuche: Atomkraftgegner kritisieren Schein-Beteiligungen und Unwissenschaftlichkeit

Das Verfahren zur Auswahl eines geeigneten Standorts für das geplante nationale Endlager für hochradioaktiven Atommüll steht in der Kritik. Viele Engagierte ziehen sich zurück.

Zehn Jahre nach der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes durch den Bundestag haben Atomkraftgegner den Verlauf der Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Atommüll scharf kritisiert. Das Suchverfahren werde den gesetzlichen und selbst gesetzten Ansprüchen nicht gerecht, erklärte die Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt am Donnerstag. Von der versprochenen Beteiligung gebe es »keine Spur«. Mit dem 2017 noch einmal novellierten Standortauswahlgesetz hatte das Parlament die Endlagersuche neu gestartet.

Dabei hätte man aus den Fehlern und Erfahrungen in Gorleben lernen, Wissenschaftlichkeit in den Vordergrund stellen, von Beginn an Transparenz über die Auswahl Schritte herstellen und die Bürger wirksam beteiligen sollen, sagte Helge Bauer von Ausgestrahlt. Das Atommüll-Bundesamt BASE und die mit der Standortsuche beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) seien jedoch bis heute an diesen Herausforderungen gescheitert.

Das von den Behörden in Gang gesetzte Verfahren missachtet aus Sicht der Kritik wissenschaftliche Anforderungen. Außerdem findet es laut Bauer zu großen Teilen ohne wirksame öffentliche Kontrolle statt und speist selbst die interessierte Öffentlichkeit mit »Schein-Beteiligungs-Formaten« ab. Die staatlichen Akteure BASE und BGE, so Bauer, verspielten damit das Vertrauen, »dass der Standort, der am Ende herauskommt, tatsächlich der am wenigsten ungeeignete ist«. Bauer prophezeit: »Ändert sich nichts, wird die Suche erneut vor die Wand fahren.« Es seien dann nämlich abermals massive Proteste gegen das Atommüll-Lager zu erwarten »und das völlig zu Recht«. Wackersdorf und Gorleben hätten gezeigt, dass sich gegen die Bürger keine Atommüll-Fabrik und kein Atommüll-Endlager durchsetzen lasse. Vertrauen schaffen gehe nur über Mitbestimmung und echte Beteiligung auf Augenhöhe.

Bis zur Verabschiedung des Gesetzes war einzig der unterirdische Salzstock in Gorleben auf seine Tauglichkeit hin untersucht worden. Unter dem Deckmantel der Erkundung entstand dabei ein fast fertiges Endlager. Im September 2020, als die BGE ihren »Zwischenbericht Teilgebiete« präsentierte, schied Gorleben aus dem Verfahren aus – offiziell wegen geologischer Mängel, auf die Umweltschützer seit Jahren hingewiesen hatten, tatsächlich aber wohl auch wegen des Massenprotests im Wendland.

Gleichzeitig hatte die BGE eine Fläche von mehr als 50 Prozent des Bundesgebietes als potenziell geeignet bezeichnet. Infrage kommen demnach neben Salz auch Ton- und Granitformationen. Die Entscheidungen zum Ausschluss oder Nicht-Ausschluss von Regionen seien bis heute nicht unabhängig nachprüfbar, weil Teile der Daten für die Öffentlichkeit nicht zugänglich seien, bemängelt Bauer.

Auch mit der versprochenen Wissenschaftlichkeit sei es nicht weit her. Denn der BGE-Zwischenbericht weise Gebiete als mögliche Standorte aus, in deren Untergrund die benötigten Gesteinstypen nachweislich gar nicht vorhanden seien. Gleichzeitig blieben möglicherweise gut geeignete Standorte unberücksichtigt, weil die BGE in Gebieten, für die keine Daten vorlägen, mit »Phantasie-Annahmen« zum Untergrund operiere.

Ein Großteil der ursprünglich interessierten ehrenamtlich Aktiven, der Umweltverbände und Bürgerinitiativen sowie der Engagierten aus den Fachverbänden für Mediation haben Ausgestrahlt zufolge den »Schein-Beteiligungs-Angeboten« des Atommüll-Bundesamts inzwischen frustriert den Rücken zugekehrt. Auch ein Großteil der Eingaben des Nationalen Begleitgremiums verstaube unberücksichtigt in den Schubladen des zuständigen Bundesamts. Das NBG, das den Suchprozess vermittelnd begleiten soll, hatte sich bereits Ende 2022 zudem über die Bundesgesellschaft für Endlagerung beklagt. Man habe erst aus der Presse

erfahren, dass sich die Suche wohl um Jahrzehnte verzögern werde. Zuvor war durch Medienveröffentlichungen bekannt geworden, dass der Standort für das Endlager wohl frühestens zur Mitte dieses Jahrhunderts feststehen wird. Dagegen steht im Gesetz, dass die Festlegung des Standortes für das Jahr 2031 angestrebt wird.

Der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU), der seit März 2020 in dem 18-köpfigen Gremium sitzt, brachte die Kritik auf den Punkt: »Wie

kann es sein, dass wir in einem ständigen Austausch mit der BGE und den anderen Akteuren stehen, aber solch eine wichtige Zeitverschiebung erst aus der Presse erfahren?«, fragte er. »Das ist ein Vertrauensbruch – das muss man ganz klar sagen und auch Tacheles reden.«

»Ändert sich nichts, wird die Suche erneut vor die Wand fahren.« - Helge Bauer, Initiative Ausgestrahlt